



NEWSLETTER 10/2019

FORUM | MIGRATION

BREXIT

Foto: © Quatrox Production – stock.adobe.com

Deal or No-Deal?

Ende Oktober soll Großbritannien nach dem Willen seiner derzeitigen Regierung die EU verlassen – auch ohne den so genannten Deal, der die genauen Umstände regelt. Was bedeutet das für die Migrant_innen im Land – und jene im benachbarten Irland?

Rund 3,7 Mio. Ausländer_innen aus der EU lebten Ende 2018 im Vereinigten Königreich – etwa 6 % der Bevölkerung. Rund 2,3 Mio. von ihnen sind erwerbstätig, ihre Beschäftigungsquote lag bei 83 % – und damit höher als die der Brit_innen selbst (76 %) sowie der Menschen von außerhalb der EU (66 %). Die mit Abstand größte Gruppe der EU-Ausländer_innen stammt dabei aus Polen. Nach letzten Schätzungen leben knapp eine Million in Großbritannien, mit weitem Abstand folgen Menschen aus Rumänien (392.000) und Irland (369.000), die Zahl der Deutschen lag 2018 bei 155.700. „Was mit ihnen passiert, ist völlig offen – wie derzeit fast alles beim Brexit“, sagt Barnaba Dora, aus Polen stammender Jurist, der als Organisier bei Irlands größter Gewerkschaft SIPTU arbeitet. Nur rund ein Viertel der Pol_innen hat bis Ende Juni einen Antrag auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung gestellt. Arkady Rzegocki, der polnische Botschafter in Großbritannien, hat seinen Landsleuten

Mitte September einen Brief geschrieben und ihnen geraten, eine Rückkehr „ernsthaft in Betracht zu ziehen“. Der Lebensstandard in Polen habe sich verbessert und dies biete „eine sehr gute Gelegenheit, zurückzukommen“. In Polen fehlen Hunderttausende Arbeitskräfte. Auch das Schicksal der knapp 300.000 Brit_innen in Irland ist offen. Das Land ist nicht nur wegen der offenen Nordirland-Grenze besonders eng mit Großbritannien verflochten. Hier könnten sowohl Einheimische als auch Arbeitsmigrant_innen durch einen No Deal-Brexit ihre Jobs verlieren. Die drohenden Zölle auf irische Importe nach Großbritannien könnten viele Jobs im Agrar- und Lebensmittelsektor, in der Fleisch-, Milch- und Getreideerzeugung kosten. „Bislang hat die Regierung sich vor allem darüber Gedanken gemacht, wie sie betroffenen Unternehmen helfen kann, die Folgen eines No Deal-Brexits aufzufangen“, sagt der SIPTU-Gewerkschafter Barnaba Dora. Das reiche nicht. „Wir wollen, dass es auch Hilfen für betroffene Beschäftigte gibt.“ SIPTU fordert einen Fonds und Umschulungsprogramme, damit Brexit-Betroffene leichter neue Beschäftigung innerhalb Irlands finden können.



Brexit-Monitor des Statistischen Bundesamtes:
<https://bit.ly/2kUDUgy>

INHALT 10/2019

Deal or No-Deal?	1
Anerkennungs-News	2
Kämpfe um Anerkennung	2
Ostdeutschland: Wenig Migration, schnelle Integration	3
Sorge nach AfD-Erfolgen in Sachsen und Brandenburg	3
Die Ängste der Deutschen	3
News + Termine	4
Die Spaltung verstärkt – Kommentar von Ayman Qasarwa, Geschäftsführer Dachverband der Migrantorganisationen in Ostdeutschland	5



Anerkennungs-News

Hamburg: Senat zieht positive Anerkennungs-Bilanz

Für die Regierende Hamburger SPD hat sich das seit 2012 geltende Gesetz zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen als „Win-Win-Situation für alle Beteiligten“ erwiesen. Das sagte der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kazim Abaci, der dpa.

Zwischen August 2012 und Ende 2018 wurden fast 11.800 Beratungsgespräche geführt. Zuletzt sei in mehr als der Hälfte aller Fälle eine volle Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss festgestellt worden. „Das Anerkennungsgesetz sorgt dafür, dass Karrieren nicht an der Landesgrenze enden und der Arbeitsmarkt in seiner ganzen Breite profitiert“, so Abaci.

Pflegekräfte: Spahn will Anwerbung jetzt auch aus Mexiko

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ist im September nach Mexiko gereist, um dort Kranken- und Altenpfleger_innen für deutsche Einrichtungen anzuwerben. Schon bald sollen 300 von ihnen in Deutschland arbeiten. „Ich möchte, dass wir mit Ländern kooperieren, die über den eigenen Bedarf ausbilden“, sagte Spahn dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. „Was ich nicht möchte, ist, dass wir anderen Ländern die Pflegekräfte klauen.“

In Mexiko herrsche derzeit ein Überangebot an gut ausgebildetem Pflegepersonal. Es gehe darum, denjenigen Menschen eine Chance in Deutschland zu bieten, die in Mexiko trotz guter Ausbildung keine Chance auf einen Job hätten, sagte Daniel Terzenbach aus dem Vorstand der Bundesagentur.

20.000 Anerkennungen durch IHK FOSA

Die IHK FOSA hat den 20.000sten Anerkennungsbescheid erteilt. Der Chemielaborantin Mariana Raposo dos Santos aus Portugal wurde in Karlsruhe die volle Gleichwertigkeit ihrer Ausbildung bestätigt. Die IHK FOSA (Foreign Skills Approval) ist das bundesweite Kompetenzzentrum deutscher Industrie- und Handelskammern (IHK) zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse aus dem IHK-Bereich. Seit 2012 führt die IHK FOSA Anerkennungsverfahren zentral für 76 Mitglieder durch.

Gegen den Bundestrend: Weniger Anerkennungen in Sachsen-Anhalt

Während die Zahlen bundesweit steigen, ging in Sachsen-Anhalt in 2018 die Zahl der Anerkennungsverfahren von 570 auf 393 zurück. Gründe teilte das Statistische Landesamt nicht mit.



Foto: © offenblen.de

Kämpfe um Anerkennung

„Ignorant“ sei lange Zeit mit Menschen mit ausländischer Berufsqualifikation umgegangen worden, sagt die Beraterin Claudia Welke. Heute nehme die Politik das Thema ernster. Doch Anerkennungen zu erlangen, sei noch immer oft ein langer Weg, mit vielen Stolperfallen.

Ihre Klient_innen, das sind Menschen wie die Architektin aus Ägypten, eine hoch qualifizierte Frau, alleinerziehend. Fünf Jahre lang hat Claudia Welke, Pädagogin, ausgebildete Therapeutin, vor allem aber: Berufsberaterin, sie begleitet. Im vergangenen Monat hat die Ägypterin ihren Arbeitsvertrag unterschrieben. „Es war ein Kampf“, sagt Welke: Mit den Behörden und der Architektenkammer, die zusätzliche Ausbildungsstunden forderte, die wiederum Geld kosten. Mit den Architektenbüros, die sagten: ‚Ihr Deutsch ist gut, aber Sie beherrschen die Fachsprache nicht.‘ Solche Kämpfe könne nur gewinnen, wer „dranbleibt und hartnäckig“ sei, sagt Welke – sie als Beraterin und natürlich auch die Klient_innen selbst, die sich nicht entmutigen lassen dürfen. Es ist nicht so, dass das, was Welke tut, immer schon als wichtig galt. „Ignorant“ und „nachrangig“, so habe die Politik die Hilfe für Migrant_innen auf dem Weg in den Beruf einst behandelt, sagt Welke. Seit über zehn Jahren arbeitet sie bei Job Service Leverkusen. Schon lange, bevor 2015 plötzlich sehr viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen, beriet sie dort Menschen, die im Ausland einen Beruf gelernt hatten und nun wissen wollten, was ihre Kenntnisse in Deutschland wert sind. „Die erste Runde waren die, die nach dem Jugoslawienkrieg kamen.“ Job Service Leverkusen hatte zunächst berufsorientierte Sprachkurse angeboten, die Berufsberatung lief parallel zum Unterricht. „Es ging immer darum, was machen wir mit den Schulabschlüssen und den Ausbildungen.“ 2014 hat Welke dann beim DGB Bildungswerk eine Weiterbildung zum Thema absolviert. „Ich wurde genau rechtzeitig fertig, als es richtig losging“, sagt sie, „ich hatte das Knowhow zum richtigen Zeitpunkt“. Denn unter denen, die 2015 kamen, waren „viele

junge Menschen, es ist gut, wenn man dann fachlich breit aufgestellt ist“, sagt Welke. Und dass sie der festen Überzeugung sei, etwas Positives bewirken zu können. „Sonst könnte ich hier nicht arbeiten.“ Zu ihr kommen heute Mechatroniker, Krankenschwestern, Bauingenieure und Büroangestellte. Man muss nicht, wie Welke, ausgebildete Therapeutin sein um Flüchtlingen und Menschen aus anderen Kulturen zu helfen, in Deutschland Arbeit zu finden. Aber es kann helfen auf entsprechendes Handwerkzeug zurückgreifen zu können. „Sie können sich vorstellen, wie viele traumatisierte Leute ich hier sitzen habe.“

Mittlerweile hat sie weit über 70 erfolgreiche Anerkennungsverfahren begleitet. Am schwierigsten sei die Vermittlung oft in technischen Berufen. „Automechaniker können schrauben, aber die Technik, die wir heute in unseren Autos verbaut haben, das sind Welten.“ Vielen rate Welke, „lieber nochmal eine Ausbildung zu starten, wenn sie nicht so alt sind“. Die kritische Grenze dafür liegt nach ihrer Erfahrung bei „32, 33 Jahren“. Nach den Flüchtlingsankünften ab 2015 gab es Geld für viele neue Projekte im Anerkennungs-bereich. Jetzt gehen die Zahlen der Neuzugänge zurück, das mache sich auch bei den Hilfsmaßnahmen bemerkbar, sagt Welke. Einige Förderprogramme seien rückläufig.

Ihre Arbeit erleichtere, dass die Politik das Thema heute ernster nehme. Seit 2015 sei „ein Zugzwang dahinter“, sagt sie. Und auch bei den Betrieben habe sich die Haltung teils verändert: „Es gibt einige Unternehmer, die sagen, ich nehme das als meine gesellschaftliche Verantwortung an.“ Gleichwohl habe sie in ihrer Arbeit „viel mit Vorurteilen zu tun“, sagt Welke. Manche denken: „Wer weiß, was die wirklich können.“ Dagegen helfe nur Aufklärungsarbeit und die Vermittlung von Praktikant_innen. Kürzlich habe sie eine Veranstaltung besucht, bei der sich Handwerksbetriebe sich zu Best Practices bei der Einstellung von Migrant_innen ausgetauscht hätten. „Das hätte ich mir schon 2015 gewünscht.“



Ostdeutschland: Wenig Migration, schnelle Integration

Die AfD hat bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg rund ein Viertel der Stimmen erhalten. Bei den im Oktober anstehenden Wahlen in Thüringen wird es ähnlich sein. Das Wahlergebnis zeigt auch, dass Rassismus dort besonders gut gedeiht, wo nur wenige Migrant_innen leben. Was sonst noch bekannt ist über Einwanderung und Integration in den drei Bundesländern haben wir hier zusammengefasst.

Nach einer Erhebung des Mediendienst Integration liegt der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund, Ausländer_innen und Flüchtlingen bundesweit bei insgesamt 25,5 Prozent. In Sachsen und Brandenburg sind es hingegen nur 8,2 Prozent in Thüringen 7,3 Prozent.

Die Zahl der Ausländer_innen ist dort in den vergangenen Jahren allerdings deutlich gestiegen. In Sachsen wäre die Bevölkerung ohne Migration zwischen 2012 und 2018 um knapp zwei Prozent geschrumpft, so der Mediendienst. Eine Folge: Der Anteil von Geflüchteten an der ausländischen Bevölkerung ist in den drei Bundesländern vergleichsweise hoch. Etwa jede_r dritte dort lebende Ausländer_in ist als Schutzsuchende_r eingereist. Bundesweit war das bei etwa jedem Sechsten der Fall.

Auch die Zahl der ausländischen Beschäftigten ist in allen drei Bundesländern gestiegen. Das liegt vor allem am Zuzug von Arbeitskräften aus EU-Staaten. In Brandenburg zum Beispiel machen Pol_innen die Hälfte aller ausländischen Arbeitnehmenden aus. Menschen ohne deutschen Pass fassen auf dem Arbeitsmarkt in den drei Bundesländern heute deutlich besser Fuß als noch vor fünf Jahren. So lag die Beschäftigungsquote von Ausländer_innen im vergangenen Jahr in Thüringen bei 44,2 Prozent – 10,8 Prozentpunkte mehr als 2013. Auch in Brandenburg stieg die Beschäftigungsquote in diesem Zeitraum von rund 33 auf fast 43 Prozent. In Sachsen verläuft die Arbeitsmarktintegration nicht ganz so positiv: Hier haben heute 36,7 Prozent aller Ausländer_innen eine Arbeit, 7,7 Prozentpunkte mehr als 2013. Zum Vergleich: Bundesweit liegt die Beschäftigungsquote von Ausländer_innen bei 47,8 Prozent, davon sind Thüringen und Brandenburg nicht mehr weit entfernt. Und: Bundesweit war dieser Wert in den letzten fünf Jahren nur um 6,8 Prozentpunkte gestiegen. In allen drei Ost-Ländern lief die Arbeitsmarktintegration also überdurchschnittlich schnell.

In den ostdeutschen Landtagen sind Menschen mit Migrationshintergrund derweil deutlich unterrepräsentiert. In Brandenburg hatten nach den Zahlen des Mediendienstes in der vorigen Legislaturperiode nur

1,1 Prozent der Abgeordneten einen Migrationshintergrund, in Sachsen waren es 0,8 Prozent der Parlamentarier_innen, in Thüringen gab es keine Politiker_innen mit Migrationshintergrund im Parlament.

Für die Einstellung zu Migration und der AfD ist es unerheblich, ob der eigene Wohnort Flüchtlinge aufgenommen hat oder nicht. Das hat eine Studie vom Wissenschaftszentrum Berlin, dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und der New York University ermittelt. Die Forscher_innen befragten 1.320 Ostdeutsche und untersuchten das Wahlverhalten in deren 236 Heimatorten. Das Ergebnis: Zwar gewann die AfD 2017 fast überall deutlich an Wählerstimmen dazu, der Anstieg unterschied sich aber in den Orten mit und ohne Flüchtlinge nicht. Auch die Zustimmung zu rechtsgerichteten Aussagen unterschied sich nicht in Orten mit und ohne Flüchtlingsaufnahme.

Derweil nahm die Intensität von Angriffen auf Flüchtlinge vor allem im Osten zu. Die Polizei registrierte laut der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag im ersten Halbjahr dieses Jahres insgesamt 609 Angriffe auf Flüchtlinge. Weit über ein Drittel davon ereigneten sich in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, obwohl hier nicht einmal ein Zehntel der Bundesbürger_innen lebt.

Sorge nach AfD-Erfolgen in Sachsen und Brandenburg

Organisationen von Minderheiten und Migrant_innen sind nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen in Aufruhr.

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sagte, es sei „schockierend, dass eine so offen rechtsradikal, antidemokratisch und oft genug auch antisemitisch auftretende Partei wie die AfD in beiden Ländern derart stark abschneidet“. Sie wertete dies als Ausweis eines mangelnden Vertrauens in das politische Sys-

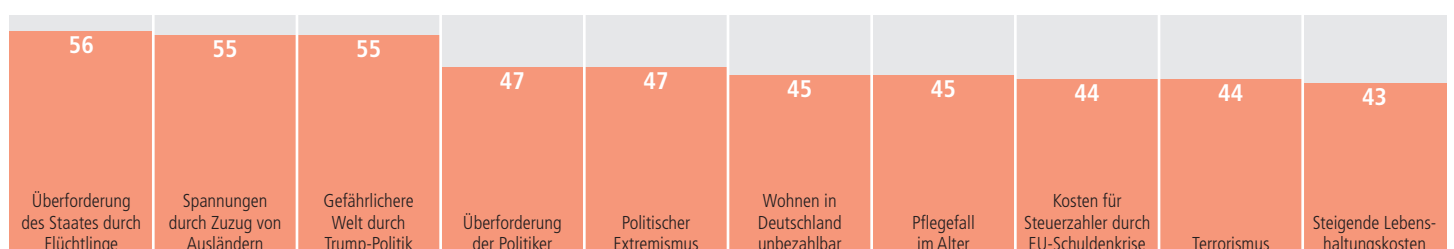
tem und als insgesamt bedrohlich. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland warnt davor, die AfD-Wähler in Ostdeutschland als Protestwähler zu sehen. „Wir müssen uns nicht weiter etwas vormachen, dass diese Wähler Protestwähler oder einfach nur naiv sind“, sagte der Zentralratsvorsitzende Aiman Mazyek der Neuen Osnabrücker Zeitung. „Ich glaube, sie wissen, dass sie mit ihrer Stimme Rechtsextremisten zu Sitzen in den Parlamenten verhelfen.“ Wenn die Partei Hassfantasien habe und behaupte, der Islam sei eine Ideologie und keine Religion, widerspreche das dem

Grundgesetz. Abdou-Rahime Diallo, Vorstand vom Netzwerk Migrant*innenorganisationen Brandenburg, wertet das Ergebnis als „ein Signal, dass Rechtsextremismus und rechte Haltungen sich normalisieren“. Besonders rechte Bewegungen würden gestärkt: „Es ist eine Ermutigung für sie.“ Auf Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung wirke es sich genau gegenteilig aus: „Für sie ist das ein krasses Signal der Ablehnung und des Nicht-Dazugehörens.“

 Lesen Sie dazu auch den Gastkommentar auf Seite 5

Die Ängste der Deutschen

Die Ängste in Deutschland sind laut einer Umfrage insgesamt so niedrig wie zuletzt 1994 – aber Migration liegt dabei auf vorderen Plätzen (in %)



 Quelle: Umfrage R+V Versicherung, August 2018 <https://bit.ly/2AzgLFU>



News + Termine

NRW: Innenminister will, dass Polizei künftig Nationalität von Straftätern nennt

Der Vorstoß von NRW-Innenminister Herbert Reul, künftig in Pressemitteilungen der Polizei grundsätzlich die Nationalität von Tatverdächtigen zu nennen, stößt bei Justizminister Peter Biesenbach (beide CDU) auf Skepsis. Die Staatsangehörigkeit sei vom Recht auf informationelle Selbstbestimmung umfasst, so Biesenbach. Andere Bundesländer sehen es ähnlich: In einer Umfrage des Evangelischen Pressedienstes verwiesen die meisten auf den Pressedienst des Deutschen Presserates. Dieser empfiehlt, die Herkunft eines Tatverdächtigen nur zu nennen, wenn „ein begründetes öffentliches Interesse“ besteht. Der NRW-Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens, sagte: „Zwischen Transparenz und Diskriminierung ist ein schmaler Grat.“ ver.di forderte Reul auf, von dem Erlass Abstand zu nehmen. „Anders als der Innenminister glauben wir nicht, dass ein solcher Schritt das beste Mittel gegen politische Bauernfängerei ist“, so Christof Büttner, Landesfachbereichsleiter Medien in NRW.

 Stellungnahme der dju in ver.di: <https://bit.ly/2m3ebsE>

Weniger Kirchenasyle


Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gingen von Januar bis August dieses Jahres pro Monat durchschnittlich 55 Kirchenasylmeldungen ein. Im Vorjahreszeitraum waren es durchschnittlich 68 Fälle, so die Welt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ hat in einem offenen Brief Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vorgeworfen, das Kirchenasyl auszuhebeln. Das Bamf erkenne kaum noch von den Kirchengemeinden identifizierte Härtefälle als solche an. „Ein Rechtsstaat, der Kirchenasyl als Korrektiv de facto verhindert, zeigt Schwäche, nicht Stärke“, heißt es in dem Brief. Mitte September entschied das Amtsgericht Sonthofen, dass der evangelische Pfarrer Ulrich Gampert wegen der Gewährung von Kirchenasyl eine Geldbuße in Höhe von 3.000 Euro zahlen muss.

 Offener Brief an Seehofer: <https://bit.ly/2ksaJrm>

Paketbranche: Bericht bei WDRforYou auf Arabisch

In der Paketlieferbranche klagen Zusteller_innen über geringe Löhne und unbezahlte Überstunden. Was sie gegen die unfairen Arbeitsbedingungen tun können erklären die Experten der DGB Beratungsstelle Faire Integration in einem Beitrag für WDRforYou in arabischer und persischer Sprache. Mit diesem Portal bietet der Sender Infos, Berichte, Unterhaltung für Helfer und Flüchtlinge auf

Deutsch, Englisch und Arabisch, seit Juni auch mit einem neuen Facebook-Eilmeldungsdienst.

 <https://www.wdrforyou.de>
Beitrag Paketzusteller: <https://bit.ly/2lgeXCD> (AR)
<https://bit.ly/2mh411i> (Persisch)

Neue Bertelsmann-Studie über „pragmatisches Einwanderungsland“

Nach einer neuen Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung gehen die Deutschen „pragmatisch“ mit den Themen Migration und Integration um. Über die Hälfte sei zwar der Meinung, es gebe zu viel Zuwanderung, gleichzeitig sehen fast zwei Drittel der Befragten Vorteile der Einwanderung als Mittel gegen eine alternde Gesellschaft und Fachkräftemangel. Einwanderer, die in Deutschland arbeiten oder studieren, seien bei Behörden (79 Prozent) und Bevölkerung (71 Prozent) willkommen.

 Studie zur Willkommenskultur: <https://bit.ly/2IYUUIZ>

Deutschland: Mehr Arbeitsmigration, weniger Asylsuchende

Nach einer neuen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist Deutschland im Vergleich der OECD-Staaten nach den USA weiter das zweitbeliebteste Zuwanderungsland. Während Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland deutlich abgenommen habe, kämen immer mehr Menschen nach Deutschland, um hier zu arbeiten, sagte OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig. Ihre Chancen, einen Job zu finden, seien besser denn je: Ende 2018 hatten erstmals 70 Prozent der Zuwander_innen in Deutschland Arbeit. Die Qualität der Jobs sei allerdings bescheiden, viele Zuwander_innen würden schlecht bezahlt und seien überqualifiziert.

 OSZE Migration Outlook 2019: <https://bit.ly/2lQH4s9>

„European Way of Life“: Kritik an neuer EU-Kommission

Der Europäische Flüchtlingsrat ECRE hat Ursula von der Leyens Aufstellung der neuen EU-Kommission kritisiert. Der designierte Kommissionsvize Margaritis Schinas soll für Migration zuständig sein, der Name seines Ressorts lautet: „Protecting Our European Way of Life“ – zu Deutsch: den europäischen Lebensstil bewahren. Die Formulierung unterstelle Migration sei für diesen Lebensstil eine Gefahr, so ECRE-Generalsekretärin Catherine Woollard. „Wenn es eine Bedrohung gibt, vor der wir geschützt werden müssen, dann sind es die Demagogen, die die Rechtsstaatlichkeit in Europa untergraben.“

 ECRE-Stellungnahme (Englisch): <https://bit.ly/2kRtrSb>

Termine

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten – gesundheitliche Grundbildung Baden-Württemberg und Bayern

19. Oktober 2019

Veranstaltungsort: IG Metall Ulm

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

09. November 2019

Veranstaltungsort:

Arbeit und Leben gGmbH (Mainz)

MENTO-Modul Lernen. Lernprozesse begleiten und verstehen NRW

22. Oktober 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale_r Ansprechpartner_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden Sachsen und Berlin-Brandenburg

24. bis 26. Oktober 2019

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern e.V.

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern

26. bis 28. November 2019

Veranstaltungsort: Bremen

Anerkennungskultur in Service – Transport – Logistik

07. November 2019

Veranstaltungsort: DGB Haus Köln

Weiterbilden für Hilfsarbeitskräfte. Zielgruppenorientierte Bildungsdesigns und Anspracheformen

18. November 2019

Veranstaltungsort:

DGB Bildungswerk Bayern e.V., München

MENTO-Modul Beratung. Beratungsprozesse initiieren und gestalten

21. bis 23. November 2019


Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Faire Arbeit – grenzüberschreitend! Methoden zur Sensibilisierung für europäische Migration, Ausbeutung und solidarische Antworten

25. bis 27. November 2019

Veranstaltungsort:

DGB Tagungszentrum Düsseldorf

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



Die Spaltung verstärkt



© Foto: privat

Kommentar von Ayman Qasarwa, Geschäftsführer Dachverband der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland

Deutschland ist ein Einwanderungsland und ein Land der Vielfalt. Aktuell weist jede_r fünfter Einwohner_in Deutschlands einen Migrationshintergrund auf, auch im Osten nimmt die Zahl der Migrant_innen zu. Aus diesem Grund brauchen wir eine Politik, die die vielfältige Gesellschaft anerkennt und gestaltet. Wir brauchen keine Politik, die die Gesellschaft spaltet. In der deutschen Demokratie herrschen Freiheit und Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Allen voran gehört dazu die Würde des einzelnen Menschen.

Es ist eine Realität geworden, dass es in Ostdeutschland eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse gibt. Eine rechtsgerichtete Partei hat massiv an Stimmen gewonnen, dies wurde in den letzten Wahlen in den neuen Bundesländern bestätigt. Wir sind in tiefster Sorge über die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Dort hat die AfD mit 27,5 bzw. 23,5 Prozent historisch hohe Zweitstimmenergebnisse erzielt. Wir erinnern an dieser Stelle an die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2016, in denen die AfD mit 24,3 Prozent der Stimmen in den Landtag einzog und in Mecklenburg Vorpommern, wo sie 2016 ebenfalls 20,8 Prozent der Stimmen erhielt. Im Oktober folgen die Wahlen in Thüringen, wo ein ähnliches Ergebnis ansteht.

Wir befürchten eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen mit internationaler Biografie in den neuen Bundesländern. Die Wahlergebnisse zeigen, dass sich die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland verstärkt hat.

Dass in den neuen Bundesländern zum Teil über ein Viertel der Wähler_innen bei der AfD mit ihrer antipluralistischen und menschenfeindlichen Rhetorik ihr

Kreuz machen, ist nicht mit „Protest gegen etablierte Parteien“ zu erklären. Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Ablehnung zentraler demokratischer Grundwerte sind in einigen Regionen fest etabliert.

Wir appellieren an die über 70 Prozent der Menschen, die ihr Kreuz nicht bei der AfD gemacht haben: Lasst uns weiterhin lautstark und sichtbar für eine starke, bunte und demokratische Gesellschaft eintreten. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sich alle Menschen in allen Regionen Deutschlands sicher und wohlfühlen. 70 Prozent ist eine große Mehrheit der (Ost-)Deutschen, die für zentrale demokratische Grundwerte eintreten. Auch Politiker_innen müssen klar und deutlich Stellung gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und jede Form von Menschenfeindlichkeit beziehen und dies muss sich in ihrer Politik niederschlagen.

Wir wünschen uns jetzt, dass die Politiker_innen die Teilhabe von Menschen mit internationaler Biografie an der Gestaltung der Gesellschaft fördern und stärken. Diversität ist eine Stärke und sollte entsprechend unterstützt werden – und zwar ganz konkret: Es ist ein gutes Zeichen für die Demokratie, wenn alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben, unabhängig von dem Aufenthaltsstatus, an Wahlen teilnehmen können.

Die Bundespolitik muss endlich die besonderen Verhältnisse in den neuen Bundesländern anerkennen und gezielt darauf reagieren. Es reicht nicht, kurz vor Wahlen in die ländlichen Räume Brandenburgs oder Sachsens zu schauen.

Wir wünschen uns auch, dass die Medien, die Diskussion über die Wahlen auch mit den Menschen mit internationaler Biografie in Ostdeutschland führen. Wir wünschen uns weiterhin einen konkreten Akti-

onsplan für die Bekämpfung von jeglicher Art von Rassismus, Diskriminierung und die Ablehnung zentraler demokratischer Grundwerte in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Politiker_innen müssen erkennen, dass die unabhängigen Beratungsstellen für Opfer von rassistischer Diskriminierung unbedingt notwendig sind. Sie müssen mit Fachleuten besetzt werden, die rechtlichen Rat und psychologische Unterstützung geben können und zeigen wie die Betroffenen gegen Täter vorgehen können.

Für die Landtagswahlen in Thüringen möchten wir alle Wahlberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund dazu aufrufen, zur Wahl zu gehen und ein Zeichen für Demokratie, Menschenrechte und für eine offene und solidarische, gleichberechtigte Gesellschaft zu setzen. Stimmen Sie nur für Parteien, die sich gegen Rassismus, Hass, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen. Erteilen Sie den rassistischen und nationalistischen Parteien eine Absage. Erheben Sie Ihre Stimme gegen die Spaltung der Gesellschaft, für ein offenes Land mit freien Menschen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

